Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag von Bündnis 90/Die Grünen für die Sitzung der Stadtvertretung am 21.03.2011 zum Thema "Haushaltsentwicklung"

Mit Antrag vom 06.03.2011 regt die o. g. Fraktion an, dass die Stadtvertretung beschließen möge, dass "die Verwaltung in jeder Sitzung des Finanzausschusses über die aktuelle Entwicklung des Haushaltes der Stadt berichten und eine sich daraus ergebende Prognose für den Abschluss des laufenden Jahres bekannt geben soll".

Verwaltungsseitig wird dieser Antrag begrüßt, da damit die Zielsetzung der Umorganisation der Verwaltung (Zusammenlegung der Fachbereiche 1 und 2, um u. a. mehr Planungssicherheit in der Haushaltsveranschlagung zu erreichen) unterstützt wird.

Kritisiert wird in dem Antrag, dass noch Mitte Dezember kein Hinweis auf die sich verbessernde Abschlusssituation der Verwaltung vorlag, so dass unter dem Eindruck eines solchen zu erwartenden Defizits demzufolge auch die Beratungen und Verhandlungen zur Aufstellung des Haushaltes 2011 geführt wurden. Weiterhin sollen damit Haushaltsberatungen auf einigermaßen realistischer Grundlage nicht möglich gewesen sein und die Haushaltsberatungen sowie die Selbstverwaltung in Gefahr geraten, zur Farce zu werden.

So sehr die Zielsetzung dieses Antrags auch von der Verwaltung begrüßt wird, muss dennoch in Teilbereichen etwas zur Klarstellung gesagt werden.

Zum Einen ist es keinesfalls so, dass die Entwicklung nicht in die Haushaltsberatungen eingeflossen ist; zur Sitzung des Finanzausschusses am 16.11.2010 wurde von der Verwaltung mitgeteilt, dass der Ansatz 2011 für die Einnahmen aus der Gewerbesteuer vor dem Hintergrund der Entwicklung in 2010 um netto 200 T€ erhöht werden kann.

Gerade in der Berechnung der Gewerbesteuereinnahmen ist eine sichere Prognose kaum möglich; in der FA-Sitzung nach den Sommerferien musste der Unterzeichner berichten, dass die vor seinem Urlaub noch vorhandene Mehreinnahme nunmehr nicht mehr vorhanden sei. Im Laufe der Zeit vom August bis Dezember wurden dann in kleinen Schritten die Mehreinnahmen bei den Sollstellungen realisiert; im Ist-Eingang sind in den ersten drei Quartalen 2010 rd. 2,1 Mio. € (davon rd. 300 T€ im 3. Q.) undm vierten Quartal rd. 1,3 Mio. € eingegangen, so dass auch hier lange Zeit nicht mit der dann tatsächlich erzielten Mehreinnahme gerechnet werden konnte.

Zum Anderen wirkt sich die Ergebnisverbesserung 2010 <u>überhaupt nicht</u> auf den Haushaltsplan 2011 aus, weil die Veranschlagung des vorzutragenden Fehlbetrags aus 2010 ganz bewusst aus 2011 nach 2012 verschoben wurde.

Dazu ist auch im FA berichtet worden, dass die Verwaltung diese Maßnahme für sinnvoll hält, weil ansonsten die Haushaltsberatungen für 2011 unter Berücksichtigung des geplanten Fehlbedarfs 2010 zu einem wesentlich schlechteren Ergebnis geführt hätten und in einem Nachtragshaushalt die Anpassungsnotwendigkeit bestanden hätte.

Nach der jetzt gewählten Methode führt die Ergebnisverbesserung in 2010 zu einer Verbesserung im Finanzplan 2012 bis 2014, ohne Einwirkung auf 2011.

Allerdings muss erlaubt sein, darauf hinzuweisen, dass der Finanzausschuss sich am 16.11.2010 nicht intensiv mit den vorgelegten Zahlen beschäftigt und stattdessen eine Vertagung bis 2011 vorgeschlagen hat, so dass offensichtlich nicht alle vorgelegten Informationen Berücksichtigung gefunden haben.

Zu guter Letzt wird auch noch auf die bereits stattfindende Berichterstattung hingewiesen, wobei im Rahmen des beschlossenen Berichtswesens nach den Sommerferien dem Hauptausschuss gegenüber Bericht zur Haushaltssituation erstattet wird und dem Finanzausschuss regelmäßig Berichte über die Einnahmen des Unterabschnitts 900 (Steuern; ca. 70 % der Gesamteinnahmen) vorgelegt werden.

Im Auftrage

Werner